

Vorlage-Nr.: **3614-2021/DaDi**

Aktenzeichen: 416-012

Fachbereich: Koalition der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP  
Fraktionsvorsitzende  
Christel Sprößler  
Marianne Streicher-Eickhoff  
Prof. Dr. Friedrich Battenberg  
Wilhelm Reuscher

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Kostenübernahme Mieterbund – Antrag SPD, Grüne, FDP**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, ob Empfänger\*innen von Sozialleistungen nach SGB II, SGB XII und AsylBlg im Landkreis Darmstadt-Dieburg den Jahresbeitrag für den Mieterbund Darmstadt erstattet bekommen können.

## **Begründung:**

Für Menschen im Sozialleistungsbezug und für Personen mit geringem Einkommen wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Außerdem stellen wir fest, dass es immer mehr Vermieter gibt, die überhöhte Mieten für zu kleinen und/oder unbewohnbaren Wohnraum anbieten. Da es sich um privatrechtliche Mietverträge handelt können die Mieter\*innen vor allem nur selbst ihre Rechte beim Vermieter geltend machen.

Dazu benötigen sie aber eine Rechtsberatung und ggf. eine Mietrechtsschutzversicherung. Dem beigefügten Link kann man die Kosten entnehmen.

Der Beitritt zum Mieterbund sollte auf Antrag jährlich erstattet werden. Bereits zu Zeiten des Bundesozialhilfegesetzes (BSHG) konnten diese Kosten übernommen werden.

Zu prüfen ist, ob dies rechtlich möglich ist und wie hoch die Kosten für den Landkreis wären.

<https://www.mieterbund-darmstadt.de/ueber-uns/kosten/mitgliedsbeitraege/>